



In ungewöhnlicher Stille verabschiedete Ende Januar die **Nationalversammlung** einstimmig ein Gesetz, das eines der schmerzhaftesten und lange verdrängten Kapitel der französischen Nachkriegsgeschichte betrifft. Der Text erkennt erstmals ausdrücklich die Schäden an, die minderjährige Kinder aus La Réunion erlitten haben, die zwischen 1962 und 1984 zwangsweise nach Frankreich verbracht wurden – bekannt als die „Kinder von der Creuse“.

Der Beschluss ist mehr als ein juristischer Akt. Er markiert einen politischen und moralischen Wendepunkt: Ein Staatsversagen, das jahrzehntelang aus dem kollektiven Gedächtnis ausgeblendet blieb, wird endgültig Teil der nationalen Erinnerung. Zugleich ebnet das Gesetz den Weg für konkrete Formen der Wiedergutmachung – finanziell, symbolisch und erinnerungspolitisch – für Tausende Betroffene und ihre Familien.

Eine lange verdrängte Staatspolitik

Zwischen 1962 und 1984 wurden mehr als 2.000 Kinder aus **La Réunion** nach Frankreich gebracht; die heute meistgenannte Zahl liegt bei 2.015. Die Transfers führten vor allem in strukturschwache ländliche Regionen wie die Creuse, das Gers oder die Lozère, die unter Abwanderung litten.

Die Maßnahme folgte einer doppelten administrativen Logik: In Übersee fürchtete man Überbevölkerung, Armut und soziale Spannungen; in der Metropole wollte man verödete Landstriche demographisch stabilisieren. Was auf dem Papier wie sozialpolitische Planung erschien, bedeutete in der Praxis vielfach brutale Entwurzelung. Kinder – teils im Vorschulalter – wurden von ihren Familien getrennt, häufig ohne Zustimmung, und in Heime, Pflegefamilien oder landwirtschaftliche Betriebe in das Mutterland Frankreich verbracht.

Viele wuchsen unter harten Bedingungen auf, erlebten Isolation, Ausbeutung oder psychische und körperliche Gewalt. Manche dienten als unbezahlte Arbeitskräfte, andere verloren jede Spur ihrer Herkunft – bis hin zu Namen und Identität. Der Historiker **Ivan Jablonka** sprach von Formen der „Versklavung“ – eine umstrittene, aber aufrüttelnde Charakterisierung der erlittenen Gewalt.

Späte Anerkennung

Über Jahrzehnte blieb das Schicksal dieser Kinder ein Randthema. Erst in den 2000er Jahren fanden ihre Berichte allmählich Gehör. 2014 erkannte das Parlament die Verantwortung des



Staates an – ohne jedoch materielle Entschädigungen vorzusehen.

Das Votum vom 28. Januar 2026 stellt daher eine Zäsur dar. Erstmals wird der Grundsatz der Wiedergutmachung gesetzlich verankert. Initiiert wurde der Text von der Réunioner Abgeordneten **Karine Lebon**, die ihr Anliegen mit den Worten zusammenfasste, es gehe darum, „sich der Geschichte zu stellen“, auch wenn die Republik den Betroffenen ihre verlorene Kindheit nicht zurückgeben könne.

Was das Gesetz vorsieht

Der verabschiedete Gesetzestext enthält mehrere zentrale Elemente. Erstens erkennt er ausdrücklich die Verantwortung des Staates an und führt die offizielle Bezeichnung „transplantierte Minderjährige aus La Réunion“ ein – ein bewusster Bruch mit dem Begriff „Kinder von der Creuse“, der die nationale Dimension der Politik lange verdeckte.

Zweitens wird ein Anspruch auf finanzielle Entschädigung geschaffen. Zwar sind die genauen Modalitäten noch auszuarbeiten, doch stellt die vorgesehene pauschale Zahlung einen historischen Schritt dar nach Jahrzehnten ohne materielle Anerkennung des Leids.

Drittens sieht das Gesetz die Einrichtung einer Erinnerungs- und Dokumentationskommission vor. Sie soll Archive erschließen, Zeugnisse sichern und diese Geschichte in Bildung und Öffentlichkeit verankern. Ergänzt wird dies durch einen nationalen Gedenktag am 18. Februar, der das Schicksal der Betroffenen dauerhaft in den republikanischen Erinnerungskalender einschreibt.

Eine Frage an die Republik

Für viele der heute 50- bis 70-jährigen Betroffenen bedeutet das Gesetz den Abschluss eines jahrzehntelangen Kampfes. Zahlreiche Lebensläufe sind von Verlust, Identitätssuche und familiären Brüchen geprägt. Die neue Regelung kann das erlittene Leid nicht ungeschehen machen – doch sie benennt es erstmals klar als Unrecht.

Politisch fügt sich der Schritt in eine breitere Bewegung ein: Frankreich setzt sich zunehmend mit den Schattenseiten seiner kolonialen und administrativen Vergangenheit auseinander. Der Fall wirft dabei eine unbequeme Frage auf: Wie konnte ein demokratischer Rechtsstaat über mehr als zwanzig Jahre hinweg den Zwangstransfer von Kindern organisieren – legal,



Die „Kinder von der Creuse“ – Wie die französische Republik ihrem kolonialen Erbe begegnet

bürokratisch, scheinbar routiniert?

Die Geschichte der „Kinder von der Creuse“ zeigt, dass institutionelle Gewalt nicht nur an den Rändern, sondern im Zentrum staatlichen Handelns entstehen kann. Das Gesetz von 2026 schließt dieses Kapitel nicht ab. Es eröffnet vielmehr einen Prozess der aktiven Anerkennung, der Reparatur und der Weitergabe an kommende Generationen.

Denn eine Demokratie misst sich nicht allein an ihrer Fähigkeit zu handeln, sondern auch an ihrer Bereitschaft, eigenes Versagen einzugestehen. In dieser Hinsicht hat Frankreich nun eine Schwelle überschritten.

Autor: Andreas M. Brucker